

Umweltausschuss	01.03.2012
-----------------	------------

**öffentlich**

Vorlage Nr.	037/2012-SUA
-------------	--------------

Stand	29.12.2011
-------	------------

**Betreff Antrag der FDP-Fraktion vom 27.12.2011 betr. Bericht zur Wildkaninchenplage in Bornheim**

**Beschlussentwurf**

Der Umweltausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Wildkaninchen-Situation zur Kenntnis.

**Sachverhalt**

Die Frage nach der Bestandssituation der Kaninchenpopulation in Bornheim, nach Wildschäden und nach jagdlichen Gegenmaßnahmen betrifft grundsätzlich Belange, die der Rhein-Sieg-Kreis und teilweise der Rhein-Erft-Kreis als untere Jagdbehörde zu vertreten haben. Insofern kann die Stadt hier nur als betroffene Gebietskörperschaft und ggf. Grundstückseigentümerin antworten.

Tatsache ist, dass den Bürgermeister spätestens seit dem strengen vergangenen Winter Informationen aus der Landwirtschaft über eine wachsende Kaninchenpopulation erreichen, die auf den landwirtschaftlichen Flächen zu Wildschäden geführt hat. Aus der Sicht betroffener Landwirte gibt es hierfür verschiedene Gründe. Genannt werden günstige Vermehrungsbedingungen durch milde Witterungsverläufe, fehlende Fressfeinde und zunehmende Versteckmöglichkeiten durch brachgefallene landwirtschaftliche Grundstücke, Rekultivierungsflächen und Kompensationsgrundstücke. Die mangelhafte Bejagbarkeit und Bejagung werden genauso aufgeführt wie ein geändertes Fressverhalten in der Hinsicht, dass die Kaninchen am Tage in ihren Verstecken bleiben und erst bei Dunkelheit auf die benachbarten Ackerflächen und Obstanlagen wechseln.

Der Bürgermeister unterstützt die Landwirte bei der Schadensbegrenzung. So hat er im Zusammenhang mit Rekultivierungsflächen bei der Unteren Landschaftsbehörde bereits vor zwei Jahren erreichen können, dass an den Grundstücksgrenzen von Rekultivierungsflächen Jagdstreifen freigelegt werden. Auch schuf der Wasserbeschaffungsverband Wesseling-Hersel im Umfeld des Wasserwerkes Jagdschneisen auf eigenen Grundstücken. Die Stadt Bonn ist vom Bürgermeister gebeten, die Endrekultivierung und Folgenutzung der Deponie-Oberfläche mit den Bedürfnissen der Landwirtschaft abzustimmen.

Der Bürgermeister ist auch weiterhin bereit, sich am weiteren Dialog zwischen Landwirtschaft, Jagdpächtern und unterer Jagdbehörde moderierend zu beteiligen und mit Maßnahmen auf eigenen Grundstücken ggf. zu unterstützen. Die Federführung liegt hier aber nicht, wie bereits ausgeführt, bei der Stadt Bornheim, sondern bei den drei anderen genannten Parteien.

**Anlagen zum Sachverhalt**

Antrag